Der giftige Ton lässt Düsteres ahnen

Politik soll den Künsten dienen: Über die Denkfehler des Regierenden Kultursenators Wowereit

Von Monika Grütters

"Ist Berlins Kultur nichts wert?" titelte am Wochenende die Morgenpost und traf damit den Nerv einer latent schwelenden Debatte, die in den letzten Wochen offen ihr garstiges Gesicht gezeigt hat. Während in Kulturfragen eher unkundige Richter aus der Karlsruher Provinz der Hauptstadt empfahlen, ihren winzigen Haushaltstitel noch weiter zu schröpfen, hatte der alte und neue Regierende Bürgermeister Wowereit auf diese Frechheit keine bessere Antwort, als das Kulturressort prompt zu "enthaupten" wie es in den Medien dann hieß.

Sie alle verkennen die finanziellen Relationen, und sie alle verkennen den immateriellen Wert dieser Kultur in dieser ihrer aller Hauptstadt: Das DIW stellt fest, dass 30 Prozent aller Berliner zu den regelmäßigen Kulturnutzern gehören und dass 70 Prozent der Befragten der Kultur positiv gegenüberstehen. Dabei erbringen die 80 000 in der Kultur Beschäftigten immerhin 2,2 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Berlins, die mit 1,6 Mrd. Euro im Jahr weit über den 350 Mio. Euro Zuschüssen der öffentlichen Hand liegen. Selbst wenn der gesamte Kulturetat auf einen Schlag eingespart würde, wären nur wenige Tage in der Tilgung der Zinslast Berlins gewonnen, verloren aber hätte die Nation in ihrer Hauptstadt ihre ganze Strahlkraft. Die Kultur zieht die Eliten in die Stadt, sie ist der Tourismusfaktur Nummer Eins in Berlin, die creative industries sind die dynamischste Wachstumsbranche der Stadt.

Aber was neben all den materiellen Aspekten immer wieder vergessen wird, ist das viel Wertvollere dieser Kultur: Kultur ist immer auch Ausdruck von Humanität, sie beschreibt das Wesen unserer Gesellschaft.

Der Bund hat seine Leistungen erbracht

Die Politik täte gut daran, sich in einer dienenden Haltung gegenüber den Geistesgrößen aus Wissenschaft und Kultur zu üben. Sie sind die Vordenker, die Politik muss lediglich für vernünftige Rahmenbedingungen sorgen. Was sie nicht brauchen, sind autoritative Vorgaben. Die Politik darf hier nie das letzte Wort für sich beanspruchen.

Genau so aber tritt der neue Kultursenator Wowereit auf: Er fordert. Er fordert vor allem Bundeshilfen ein, statt seine eigenen Aufgaben zu erledigen.

Dabei unterschlägt auch er die Leistungen, die der Bund bereits erbracht hat: Er wendet für die Kultur in der Hauptstadt jährlich 410 Mio. Euro auf, Berlin gerade einmal 350 Mio. Euro. Der Bund hat die Opernstiftung dadurch ermöglicht, dass er die Akademie der Künste übernommen hat, und zwar mit der Erwartung, dass Berlin die finanziellen Spielräume dafür nutzt, mit der Opernholding deutschlandweit ein beispielhaftes Modell umzusetzen.

Keine drei Jahre nach dieser Bund-Berlin-Vereinbarung für die Opernstiftung versucht Wowereit, die Staatsoper wie ein lästiges Problem an den Bund abzuschieben. Das hätte man

gleich haben können, wenn beide Seiten es gewollt hätten. Aus gutem Grund ist anders entschieden worden. Immerhin hat der Bund bereits einseitig 50 Mio. Euro Sanierungshilfen für das Staatsoperngebäude zugesagt. Aber statt diese Summe wenigstens um den Berlin-Anteil aufzustocken, hat Wowereit auch das kategorisch abgewiesen. Wie dumm. Schließlich kommen weitere 30 Mio. Euro aus privater Hand, und das Land braucht Investitionen, um überhaupt einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können. Wahrscheinlich geht der Regierende und neue Kultursenator davon aus, dass die Republik ein derart spektakuläres Opernhaus direkt vor ihrer Haustür nicht einfach kaputtgehen lässt.

Gebraucht wird ein starker Staatssekretär

Allein: Diese erpresserische Note im forschen Auftreten des Regierenden macht die Sache nicht besser. Berlin ist jetzt am Zuge, die Geburtsfehler in der Opernstiftung zu heilen, die Zuschüsse sachgerecht zu erhöhen, den Stiftungsrat politikfern zu besetzen und dem Generaldirektor mehr Rechte einzuräumen. Der giftige Ton zwischen dem Regierenden Kultursenator und dem Generaldirektor lässt jedoch Düsteres vermuten: hoffentlich folgt der Enthauptung der Kultur in Berlin nicht prompt die Enthauptung der Opernstiftung! Die Kultur braucht gerade jetzt und gerade unter einem rücksichtslosen Regierenden einen starken Staatssekretär. Doch wer hielte das Dilemma aus: Entweder für die Kultur oder auf der Seite seines Arbeitgebers stehen zu müssen? Ein Kulturfreund sicher nicht.

Die Bundes-Kulturpolitik in und für Berlin ist Ausdruck dieser Anerkennung der besonderen Rolle der Hauptstadt für die Nation. Jetzt fehlt nur noch dieselbe Anerkennung des Regierenden für seine Kultur-Einrichtungen. Eine Abschiebe-Politik wie im Fall der Staatsoper darf nicht das Muster der Berliner Regierung werden. Herr Regierender, begreifen Sie, dass auch Ihnen die Kultur in Berlin gar nicht genug wert sein kann!

Monika Grütters ist Obfrau für Kultur der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Aus: Berliner Morgenpost vom 13. November 2006